



Offener Brief an

Herrn Dr. Joachim Stamp, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und
Integration des Landes Nordrhein-Westfalen

Frau Serap Güler, Staatssekretärin im MKFFI NRW

Herrn Andreas Bothe, Staatssekretär im MKFFI NRW

Frau Asli Sevindim, Abteilungsleiterin im MKFFI NRW

04.10.2021

Zu den Plänen der Landesregierung NRW für die Errichtung eines
Abschiebegefängnisses am Flughafen Düsseldorf.

Sehr geehrter Herr Minister Dr. Joachim Stamp,
sehr geehrte Damen und Herren,

aus der Presse und aus der Erklärung durch Ihres Ministeriums gegenüber der
DPA vom 04.09.2021 haben wir als Vorstand des Flüchtlingsrats Düsseldorf e.
V. die Pläne zur Errichtung eines neuen Abschiebegefängnisses am
Düsseldorfer Flughafen zur Kenntnis genommen.

Diese Pläne verwundern uns sehr:

In der „UfA Büren“ (= Unterbringungseinrichtung für Ausreisepflichtige)
liegt die maximale Belegkapazität bei 175 Unterbringungsplätzen; diese
Belegkapazität ist – wie aus der Vorlage 17/5683 vom 13.09.2021,



Dr. Edgar Voß zu entnehmen ist - im Durchschnitt des ersten Halbjahres 2021 nur zu 54 % in Anspruch genommen worden.

Das Land NRW verfügt mit der „Ufa Büren“ bundesweit über die größte dieser Art in Deutschland. Die Anzahl der Haft- bzw. Unterbringungsplätze könnte lt. Frank Gockel, Sprecher des Vereins „Hilfe für Menschen in Abschiebehäft Büren e.V.“ jederzeit erhöht werden.

Der Flüchtlingsrat Düsseldorf e.V. stellt die Frage nach dem Motiv und dem Anlass für die Pläne zu einem neuen Abschiebegefängnis am Flughafen Düsseldorf.

Wir bitten um eine nachvollziehbare Begründung mit Darstellung einer Kosten-Nutzen-Rechnung unter Berücksichtigung der bestehenden und weiter betriebenen UfA in Büren.

Für uns liegt der Verdacht nahe, dass sich der politische Druck, Abschiebungen konsequent umzusetzen, massiv erhöht hat und zu diesen Plänen führte.

Wenn man die Monitoring-Ergebnisse aus dem Jahresbericht der Abschiebebeobachtung vom 03.09.2021 zu Grunde legt (Autorinnen: Dalia Höhne, Elena Vorlaender), sind von den in 2020 durchgeführten und beobachteten Abschiebungen 14 % (= 112 von 800) als problematisch anzusehen, was einen Anstieg der fragwürdigen Vorgänge im Vergleich zum Vorjahr von 6 % entspricht.

Durch ein Abschiebegefängnis am Flughafen Düsseldorf – so kann vermutet werden - sollen die Prozesse beschleunigt, und die Möglichkeiten zum Einspruch verkürzt und damit die Rechte der Geflüchteten massiv eingeschränkt werden.

Diese Entwicklung können wir als Flüchtlingsrat Düsseldorf e.V. nicht einfach hinnehmen und fordern von Seiten des MKFFI NRW die Zusicherung einer weiterhin der Genfer Flüchtlingskonvention verpflichteten Verfahrensweise



unter Berücksichtigung der Menschenrechte für alle Flüchtlinge, Asylbewerber und Ausreisepflichtige.

Sehr geehrter Herr Dr. Stamp, wir als Flüchtlingsrat Düsseldorf erwarten von Ihnen und Ihrem Ministerium, dass Sie bei der Umsetzung Ihrer Rückführungspläne - unter Einbeziehung aller einer Abschiebung entgegenstehenden Gründe - größtmögliche Sorgfalt walten lassen und die ausführenden Behörden und Abteilungen entsprechend anweisen und sensibilisieren.

Darüber hinaus fordern wir Sie dazu auf, von den Plänen eines neuen Abschiebegefängnisses am Flughafen Düsseldorf Abstand zu nehmen.

Wir werden das Thema mit unserer Arbeit aufmerksam begleiten.

Mit freundlichen Grüßen

Flüchtlingsrat Düsseldorf e. V.
Der Vorstand